

Für ein Europäisches UmBauhaus

Statt neuer Leuchtturm-Projekte braucht es Konzepte und Regeln für den Gebäudebestand

Umbau statt Neubau: Wer ein neues Europäisches Bauhaus als Aufbruch verstehen will, muss sich auf grundlegende Transformationen einlassen. Ursula von der Leyen möchte ein neues Europäisches Bauhaus ins Leben rufen. Von Architektur über Produktdesign bis zur Stadtplanung: Die Szene ist elektrisiert, Bauhaus stehe doch schließlich für Aufbruch. Vom historischen Bauhaus inspiriert, soll es darum gehen, Nachhaltigkeit, Funktionalität und Ästhetik zu verknüpfen. Dazu sollen bereits ab 2022 fünf EU-Bauhäuser ihre Arbeit aufnehmen, um den Green New Deal gesellschaftlich zu vermitteln. Die EU-Kommissionspräsidentin gibt das Ziel vor: „Mit dem Neuen Europäischen Bauhaus soll ein neuer Lebensstil geschaffen werden, der Nachhaltigkeit mit gutem Design in Einklang bringt, weniger Kohlenstoff benötigt und inklusiv und erschwinglich für alle ist“. Viele Ansätze, die momentan unter dem Mantel des Europäischen Bauhauses entwickelt werden, laufen jedoch Gefahr, die Radikalität der Zielsetzung im Angesicht des Status quo zu verkennen. Wenn es um einen Aufbruch geht, um das Erreichen einer sozial inklusiven Klimaneutralität innerhalb weniger Jahre, hilft eine simple Referenz auf die berühmte Architektur- und Designschule mitnichten.

Denn im Wesentlichen geht es um die Frage, was die Konzepte des letzten Jahrhunderts für die heutigen Probleme bedeuten und welchen Sinn sie stiften können. Bevor Neuaufgaben erdacht werden, ist daher ehrliche Selbstkritik vonnöten. Der britische Journalist George Monbiot schrieb 2017: „Der Fortschritt im 21. Jahrhundert sollte weniger an der neuen Infrastruktur gemessen werden, die man baut, sondern vielmehr an der schädlichen Infrastruktur, die man zurückbaut“. Letztlich stellt uns das neue Europäische Bauhaus genau vor diese Aufgabe, zu prüfen, welchen Fortschritt wir wie erreichen wollen. Insbesondere vor dem Hintergrund von Wohnungs- und Klimakrise soll an dieser Stelle der Versuch unternommen werden, die Rolle einer transformativ wirkenden Stadt-, Regional- und Landesplanung für ein europäisches „UmBauhaus“ zu beleuchten.

Bauhaus als schwieriges Erbe

Für Institutionen wie die Bauhaus-Universität Weimar, die sich in der Nachfolge des Staatlichen Bauhauses (1919–1933) sieht, ist die Frage nach dem Erbe des Bauhauses gar nicht so einfach, wie es zunächst scheint. Vor allem vor dem Hintergrund der Klimakrise müssen sich Institutionen fragen lassen, in welchen Kontinuitäten sie stehen und in wessen Namen sie handeln. Welche Rolle spielen Produkte und Ideen des historischen Bauhauses für die heutige nicht-nachhaltige Lebens- und Produktionsweise?

Gefragt ist dabei Differenzierung und Reflexion, denn die ursprünglichen Ansätze des Bauhauses erscheinen kre-

ativ, humanistisch, experimentell, ja geradezu nachhaltig. Doch die Geschichte des Bauhauses ist auch ambivalent und handelt von der Einbindung in industrielle Massenproduktion und Wachstumszwänge. Rationalität und Verwertung wurden zu bestimmenden Logiken, während die sozialen und ökologischen Folgekosten derselben entweder in die nächste Generation oder in den globalen Süden ausgegliedert wurden. Das historisierende Bild des Bauhauses, das im Jahr zwei nach dem großen Bauhaus-Jubiläumjahr 2019 nicht nur von der EU-Kommission bemüht wird, sagt, wie so oft, mehr über unsere Gegenwart als über die Vergangenheit aus. Aus meiner Sicht, als Wissenschaftler an der Bauhaus-Universität Weimar forschend und lehrend, sehe ich es als vorrangige Aufgabe, jeglichem unkritischen „Bauhaus-Greenwashing“ den Riegel vorzuschieben.

Das Fundament eines nun europäisch gewendeten Bauhaus-Projekts muss aus einem doppelten Auftrag bestehen: im kritischen Aufgreifen aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und in der Zuwendung zu einem guten Leben für alle als bislang uneingelöstes Versprechen der (Bauhaus-)Moderne. Die Perspektive ist dadurch notwendigerweise eingebettet in grundsätzliche Fragestellungen der Gestaltung von Gesellschaft jenseits des Wachstums in Richtung einer sozial-ökologischen, „großen“ Transformation. Dafür braucht es einen klaren Blick auf die Tiefe der Krise, in der sich insbesondere der Bau- und Wohnsektor momentan befinden.

Jenseits des Baubooms

Auch in Zeiten von COVID-19, in denen der Rückzug in die eigenen vier Wände à la #stayathome zur Pandemiebewältigung avancierte, wurde die bittere Wahrheit verkannt, dass kaum etwas gesellschaftlich so ungleich verteilt ist wie eben jener Wohnraum, in den sich alle doch bitte gleichermaßen zurückziehen sollten. Die einen haben es warm und komfortabel, die anderen wohnen in beengten und unsicheren Verhältnissen. Dass der Wohnraum, zu dem Menschen Zugang haben, massive Auswirkungen auf ihre physische und mentale Gesundheit hat, wurde in der Pandemie deutlich wie nie: Menschen mit wenig Wohnfläche trifft das Coronavirus am stärksten.

Massive Auswirkungen hat die Art und Weise unseres Wohnens und Siedelns auf die Gesundheit unseres Planeten. Etwa 14 % der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland stammten 2018 aus dem Gebäudesektor. Bezieht man die weiteren Emissionen der Industrie und Energiewirtschaft mit ein, die bei Herstellung und Transport von Baustoffen, für Strom und Fernwärme entstehen, liegt der Anteil laut Umweltbundesamt (2019) mit 40 % fast dreimal so hoch. Mehr noch: Zu den ökologischen Folgekosten gehören auch die weiterhin steigende Flächenver-

siegelung, das Schwinden von Versickerungsflächen und vieles mehr.

Die Transformation des Wohn- und Gebäudesektors hat also eine Schlüsselfunktion inne, wenn für das Einhalten des 1,5-Grad-Ziels Klimaneutralität in Deutschland bis 2035 erreicht werden muss. Während die zwischen 1990 und 2014 deutlich eingesparten Treibhausgase im Gebäudesektor noch hoffnungsfroh stimmten, zeigt eine aktuelle Studie des Wuppertal Instituts (2020), dass seitdem kein abnehmender Trend mehr erkennbar ist. Dies hat unter anderem damit zu tun, dass technische Lösungen und klimaneutraler Neubau an ihre Grenzen kommen. Es geht zwar weiterhin auch darum, Gebäude energetisch zu sanieren und alte Heizungen auszutauschen – doch längst dürfte klar sein, dass technologische Ansätze mit politischer Handlungsbereitschaft gepaart werden müssen. Eine grundlegende Transformation des Wohnens und Bauens verlangt von uns, soziale und ökologische Probleme als miteinander verknüpft anzuerkennen und neue Ideen zu entwickeln und umzusetzen.

Wohnungsfragen sind Verteilungs- und Umweltfragen

Die derzeit (wieder einmal) so präsenzte Wohnungsfrage zeigt uns besonders deutlich, dass wir von einer integrierten Betrachtung des Sektors weit entfernt sind. Mehr noch: Wohl nirgendwo werden in der politischen und medialen Debatte so eindeutig soziale und ökologische Dimensionen gegeneinander ausgespielt wie in der Wohnungsfrage. Zum einen zeigt das Phänomen der ökologischen Gentrifizierung in Innenstadtlagen, dass ökologische Aufwertung und Verdrängung Hand in Hand gehen können. Selbstverständlich scheint die Verbesserung von Lebensräumen in Innenstadtlagen durch Begrünungsprojekte und energetische Sanierungen aus (mikro-)klimatischer Sicht durchaus geboten. Die dadurch in Gang gesetzte Aufwertung wird jedoch stellenweise instrumentalisiert, um noch höhere Profite zu erzeugen oder ärmere Bevölkerungsgruppen aus bestimmten Stadtvierteln gezielt auszuschließen (Pallaver 2019, 14). Das Urban Greening folgt damit mancherorts einer Effizienz- und Wachstumslogik, die soziale Ungerechtigkeit reproduziert und die die Bezahlbarkeit des Wohnens und damit auch die soziale Nachhaltigkeit völlig aus dem Blick verliert.

Zum anderen wird der Graben zwischen Sozialpolitik und Klimapolitik weiter vertieft, wenn die einzige wirklich nennenswert verfolgte Strategie gegen die Wohnungsnot im „Bauen, bauen, bauen“ gesucht wird. Das vom Bundesinnenministerium in der vergangenen Legislatur als Lösungsmittel beworbene Baukindergeld steht dem Ziel, den Flächenverbrauch bis 2030 auf 30 ha pro Tag zu reduzieren, diametral entgegen. Die landauf, landab sprießenden neuen Einfamilienhausgebiete zeugen dabei nicht nur vom Verlust wertvoller Böden, Zersiedelung und ressourcenintensivem Betonverbrauch, sondern auch von einer Vertiefung materieller Ungleichheit: Einkommensstarke Haushalte profitieren hier in besonderem Maße (Michelsen et al. 2018). Die Wohnungsnot maßgeblich über noch mehr Neubau lösen zu wollen – was im Übrigen schon seit der Privatisierung von Wohnungsbau und Altersvorsorge

und Einführung von Bausparkassen in den 1970er Jahren versucht wurde – verschleiert die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Debatte darüber, wie ausreichend Wohnraum in der Klimakrise angemessen organisiert werden kann.

Damit rückt die Frage nach der Verteilung von Wohnraum in den Mittelpunkt der Debatte (Neßler/Brokow-Loga 2020). Selbstverständlich wirken dabei Unterschiede zwischen Stadt und Land oder zwischen neuen und alten Bundesländern. Doch besonders stark unterscheidet sich die Verteilung der Wohnfläche nach sozialen Kriterien und hier insbesondere nach dem Einkommen: Größere Wohnungen werden vor allem von reicheren Haushalten bewohnt, während ärmere Haushalte auf deutlich weniger Wohnfläche wohnen. Der Wohnflächenverbrauch – und damit auch der Verbrauch an Boden-, Bau- und Betriebsressourcen – ist somit ein zentraler Indikator sozialer Ungleichheit (Lebuhn et al. 2017). Durch die Umwälzungen im Zuge der Pandemiebewältigung verschärfen sich insbesondere die psychologischen und sozialpolitischen Folgen dieser Ungleichheit.

Zur Wahrheit gehört aber ebenso, dass der individuelle Wohnflächenverbrauch aller Einkommensgruppen hierzulande seit Jahrzehnten steigt. Wir leben auf doppelt so viel Fläche pro Person wie noch in den 1960er Jahren – Tendenz weiterhin steigend (Bierwirth/Thomas 2015, 72). Doch dieses Wachstum ist einerseits nicht gleich verteilt. Andererseits ist der Anstieg der privaten Wohnfläche weder naturgegeben noch allein Ergebnis individueller Entscheidungen. Im Gegenteil: Von bestimmten politischen Rahmensetzungen – Stichwort Baukindergeld – wird er geradewegs befördert. Ist man an einer Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks des Wohnungsbausektors interessiert, so muss es darauf ankommen, diesen Rahmen grundlegend zu hinterfragen und zu verändern. Diese ökologische Motivation mit einer Zielsetzung sozialer Gerechtigkeit zu verbinden hieße, auf EU-Ebene durch entsprechende politische Transformationen insbesondere auf Flächengerechtigkeit hinzuwirken. Wie könnte dieser baulich-gesellschaftliche Umbau konkret aussehen? Und welche Rolle könnte Stadtplanung dabei spielen?

Suffizienz als leitendes Prinzip

Die prominente Verräumlichung der hiesigen Bauhaus-Interpretationen zeigt schon auf, dass die anvisierte Transformation in der Tat groß werden muss: Das neue Bauhaus-Museum in Weimar, das von Laura Weißmüller in der Süddeutschen Zeitung so treffend „Bauhaus-Mausoleum“ genannt wurde, ist ein großer Klotz aus Beton. Gerade Stahl und Beton sind für ihre immense Klimaschädlichkeit bekannt: Allein die Zementindustrie bläst weltweit mehr als sechs Prozent der globalen Kohlendioxid-Emissionen in die Luft. Trotzdem greifen Forderungen wie die von Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber, man solle Beton bei Neubau durch Holz ersetzen, zu kurz. Damit sind die Probleme der (Un-)Bezahlbarkeit des Wohnens, des Flächenfraßes und der Ressourcenverschwendung nicht ansatzweise adressiert.

Wie gelingt eine grundlegende Veränderung gerade in den emissionstreibenden Bereichen Bauen und Wohnen? Die Transformationsforscherin Kora Kristof vom Umwelt-

bundesamt spricht von vier Faktoren, die für gelingende Transformation wichtig sind: ein Narrativ als Treiber und Kompass ausarbeiten, im kleinen Maßstab testen, Umsetzung begleiten und Rahmenbedingungen für die Verbreitung schaffen.

Die treibende These eines UmBauhauses müsste lauten, dass angesichts planetarer Grenzen schlicht und ergreifend nichts mehr neu gebaut werden kann. Das neue europäische UmBauhaus würde aufzeigen, dass stattdessen die materiellen Infrastrukturen unserer Gesellschaft umgebaut – und teilweise auch rückgebaut – werden müssen. Dafür braucht es ein Neubau-Moratorium, in dessen Rahmen dann beispielsweise nur noch sozialer Wohnraum in Ballungsgebieten gebaut werden dürfte. Außerdem: eine radikale Bau- und Materialwende, eine Zuwendung zu demokratischer Planung innerhalb eines klimagerechten Korridors und Suffizienz als leitendes Prinzip (Böcker et al. 2021).

Wichtig sind dabei auch Projekte „zum Anfassen“, die aufzeigen, dass es auch anders geht: Menschen sind vom Wandel besonders dann überzeugt, wenn dieser in Real-laboren, Modellprojekten, Plusenergiehäusern, „anderen Immobilien“ (siehe weitere Schwerpunktbeiträge) auch erlebt werden kann. Gleichzeitig bringen noch so wunderbare Leuchtturmprojekte wenig, wenn sich strukturelle Bedingungen entgegengesetzt entwickeln. Gerade im Bereich Bauen und Stadtentwicklung sind die „Leuchttürme“ mittlerweile zahlreich: Die europäische Politik sollte nicht noch mehr solcher Leuchttürme errichten, sondern stattdessen, um in diesem sprachlichen Bild zu bleiben, den Kompass deutlich sichtbar auf „Umbau statt Neubau“ ausrichten.

Prozesse des Experimentierens

Durch Prototypen muss die Neuausrichtung konkretisiert und nachjustiert werden. Der experimentelle Umbau von bestehenden Infrastrukturen richtet sich beispielsweise auf Einfamilienhausgebiete, die gemeinschaftsorientiert umgebaut werden. Große asphaltierte Plätze werden entsiegelt und urbane Wälder an derselben Stelle angepflanzt; modulare Holzbauten werden auf frei werdende Pkw-Stellplätze konstruiert; Autohäuser werden als Gewächshäuser umgenutzt. Gleichzeitig werden Recycling und Reparatur zentral für die Ausbildung junger Architektinnen und Designer. Der Rahmen eines europäischen UmBauhauses stellt „Exnovationen“ – also all das, was wir verlernen oder umlernen müssen – an die Stelle der sonst so intensiv geförderten Innovationen. Zu fragen ist daher nicht nur „Wie kommt das Neue in die Welt?“, sondern auch: „Wie kann das Alte abgelöst werden?“. Besonders gefördert werden müssten Projekte, die eine kreative Nutzung des Alten denken und dabei Phase-In gerecht mit Phase-Out verbinden. Dafür sind dezentrale Koproduktion und partizipative Prozesse des Übergangs unabdingbar, die sich von der bloßen Existenz als kreatives Beiwerk für den EU Green Deal entfernen. Ein Grundsatz des an diese Experimente anschließenden gesellschaftlichen Hochskalierens sollte darin bestehen, dass mit den zur Disposition stehenden EU-Mitteln keine neuen Flächen versiegelt werden und keine fossilen Rohstoffe oder Energieträger mehr genutzt werden sollten. Was müsste sich mental und politisch ändern? Wie können

das Ende geplanter Obsoleszenz, das Ende von Beton und von erdölbasierten Produkten in Architektur und Design, die Förderung von Urban Mining und Upcycling institutionell abgesichert werden? Letztlich ist es für den Erfolg des Unterfangens entscheidend, wie der politisch-gesellschaftliche Rahmen hinterfragt und umgebaut wird. Als Gerüst – nicht nur für die Entwicklung der „anderen Immobilie“, sondern eben auch für die „andere Stadt“ und die „andere Gesellschaft“ – eignen sich dafür insbesondere wachstumskritische Ansätze, die in den letzten Jahren verstärkt in den Kontext von Stadt- und Regionalentwicklung gesetzt werden (vgl. Lamker/Schulze Dieckhoff 2020; Brokow-Loga/Eckardt 2020). Denn die Verbreitung der Impulse aus einem europäischen UmBauhaus hängt letztlich davon ab, wie die Rahmenbedingungen unserer destruktiven Lebensweise auf Ebene der EU, der Nationalstaaten und der Städte langfristig umgestaltet werden. Dadurch würde das neue europäische Bauhaus möglicherweise weniger Bilder von blitzenden Prestige-Neubauten in Hochglanzbroschüren oder Newsfeeds hervorbringen. Dafür aber mehr tatsächliche Transformation.

Anton Brokow-Loga, M.Sc. Politikwissenschaftler und Urbanist, Wiss. Mitarbeiter und Doktorand an der Professur Sozialwissenschaftliche Stadtforschung an der Bauhaus-Universität Weimar, anton.brokow-loga@uni-weimar.de, @abrokowloga

Quellen

- Bierwirth, Anja; Thomas, Stefan (2015):** Almost best friends: sufficiency and efficiency. Can sufficiency maximise efficiency gains in buildings?, in: ECEEE (European Council for an Energy Efficient Economy): eceee 2015 Summer Study on energy efficiency: First fuel now, S. 71–82
- Böcker, Maike et al. (2021):** Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung. München
- Brokow-Loga, Anton; Eckardt, Frank (2020):** Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik. München
- Lamker, Christian; Schulze Dieckhoff, Viola (2020):** Neue Rollen kollektiver wachstumsunabhängiger Raumorganisation, in: Postwachstumsgeographien. Bielefeld, S. 369–386
- Lebuhn, Henrik; Holm, Andrej; Junker, Stephan; Neitzel, Kevin (2017):** Wohnverhältnisse in Deutschland. Bericht aus dem Forschungsprojekt „Sozialer Wohnversorgungsbedarf“. Berlin/Düsseldorf
- Michelsen, Claus; Bach, Stefan; Harnisch, Michelle (2018):** Baukindergeld: Einkommensstarke Haushalte profitieren in besonderem Maße. (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) DIW aktuell No. 14. Berlin
- Monbiot, George (2017):** Space Savers; www.monbiot.com/2017/06/05/ef%BB%BF-space-savers/ (14.05.2021)
- Neßler, Miriam; Brokow-Loga, Anton (2020):** Eine Frage der Flächengerechtigkeit! Kommentar, in: subUrban. Zeitschrift für Kritische Stadtforschung 8 (1/2), S. 183–192
- Pallaver, Greta (2019):** Sanierung ohne Verdrängung. Analysen Nr. 59. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin
- Umweltbundesamt (2019):** Energieaufwand für Gebäudekonzepte im gesamten Lebenszyklus. Abschlussbericht. Dessau
- Wuppertal Institut (2020),** Autoren: Kobiela, Georg et al.: CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze

Der Artikel basiert zum großen Teil auf den beiden Artikeln des Autors „Jenseits des Baubooms“, erschienen im September 2021 im Makronom – Magazin für Wirtschaftspolitik sowie „Europäisches Bauhaus: Was wir verlernen und umlernen müssen“, erschienen in der Frankfurter Rundschau vom 17.05.2021.